

## PRESSEMITTEILUNG

### **Jahresgutachten der Wissenschaftsplattform Klimaschutz: „Auf dem Weg zur Klimaneutralität: Umsetzung des European Green Deal und Reform der Klimapolitik in Deutschland“**

Berlin, 18. Februar 2022

Der Lenkungskreis der Wissenschaftsplattform Klimaschutz (WPKS) übergibt heute sein Jahresgutachten an die Bundesministerin für Bildung und Forschung Bettina Stark-Watzinger und Staatssekretär Patrick Graichen, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. Das Gutachten enthält Empfehlungen für die Ausgestaltung der europäischen und deutschen Klimaschutz-Governance, die Förderung von Schlüsseltechnologien für die Klimaneutralität sowie die Resonanzfähigkeit von Klimapolitik.

- EU KLIMASCHUTZ-GOVERNANCE

Hinsichtlich der Ausgestaltung der EU Klimapolitik im Rahmen des EU Green Deals empfiehlt das Gutachten, die von der EU-Kommission vorgeschlagene Einführung eines **Emissionshandels für die Sektoren Gebäude und Straßenverkehr** zu unterstützen und analysiert Ausgestaltungsoptionen. „Ein Emissionshandel für Straßenverkehr und Gebäude ist ein sinnvoller Schritt auf dem Weg zu einer möglichst übergreifenden Bepreisung von Treibhausgasen in Europa“, erklärt **Ottmar Edenhofer, Co-Vorsitzender des Lenkungskreises der WPKS**. „Wichtig ist, dass die Kommission frühzeitig die Perspektiven für eine Integration des neuen Systems mit dem bestehenden Emissionshandel für die Sektoren Energie und Industrie klärt, um Erwartungssicherheit für die Marktteilnehmer zu schaffen und unerwünschte Preisverzerrungen zu verhindern.“ Für die EU-Klimapolitik enthält das Gutachten außerdem Analysen und Empfehlungen zu den Bereichen **Land- und Forstwirtschaft, Finanzwirtschaft** und **internationale Klimakooperation**.

- DEUTSCHE KLIMASCHUTZ-GOVERNANCE

Um die deutsche Klimapolitik im Einklang mit den EU-Regelungen und dem Ziel der Klimaneutralität weiterzuentwickeln, empfiehlt das Gutachten, **Klimaschutzgesetz, -programm und -plan in 2022 fortzuschreiben**. „Das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 erfordert mehr Kohärenz in der mittel- und langfristigen Klimaschutzplanung“, sagt **Sabine Schlacke, Co-Vorsitzende des Lenkungskreises der WPKS**. „Die Bundesregierung sollte daher die wichtigsten Planungsinstrumente wie den Klimaschutzplan, die Klimaschutzprogramme und den nationalen Energie- und Klimaplan (NECP) besser miteinander verzahnen sowie gesetzlich stärker im Klimaschutzgesetz verankern.“ Das Gutachten enthält außerdem Analysen und Empfehlungen für die **langfristige Ausrichtung von Maßnahmenprogrammen** durch die Nutzung von Frühindikatoren, die **Anpassung der Jahresemissionsmengen** des Klimaschutzgesetzes, sowie die Stärkung der **gesellschaftlichen Verankerung und wissenschaftlichen Grundlage** von Klimapolitik.

- SCHLÜSSELTECHNOLOGIEN

Das Gutachten zeigt, dass die Bundesregierung jetzt wichtige Weichen stellen muss, um den Beitrag und die rechtzeitige Wirkung von Schlüsseltechnologien zur Klimaneutralität sicherzustellen. Zusätzlich zum schnelleren Zubau von erneuerbaren Energien empfiehlt das Gutachten, eine **Strategie für den Import von erneuerbaren Energien** zu entwickeln. Neben dem Aufbau einer grünen Wasserstoff-Wirtschaft sollte die Bundesregierung den **Beitrag alternativer Wasserstoffrouten zur Klimaneutralität wissenschaftlich fundiert klären** lassen. Um den benötigten Beitrag negativer Emissionen zur Klimaneutralität sicherzustellen, sollte die Bundesregierung mit breiter Stakeholder-Beteiligung eine **Negativemissions-Strategie** erarbeiten und auf dieser Grundlage ein möglichst breites Portfolio an CO<sub>2</sub>-Entnahmetechnologien fördern. Der rechtzeitige **Aus- und Umbau von Infrastrukturen** ist Voraussetzung für den Beitrag der Schlüsseltechnologien zur Klimaneutralität. Dafür sollte stärker auf eine vorausschauende Planung, Anzeige- statt Genehmigungspflichten und die Gewährung phasenspezifischen Rechtsschutzes in gestuften Verfahren gesetzt werden.

- RESONANZFÄHIGKEIT

Die nächste Phase der Transformation zur Klimaneutralität wird die Bevölkerung in vielen Bereichen unmittelbar und intensiver betreffen als bisher. Klimaschutzpolitik sollte daher ihre Resonanzfähigkeit erhöhen – das geht insbesondere auf drei Wegen: **Verteilungsgerechtigkeit** muss zum Kernprinzip der Klimapolitik werden. Dazu müssen die Verteilungswirkungen verschiedener Klimaschutzmaßnahmen stärker erforscht werden. Das Gutachten empfiehlt als Grundlage dafür die Entwicklung von repräsentativen Haushalts- und Unternehmenstypen. **Akzeptanzfragen** stellen sich insbesondere beim Infrastrukturausbau. Daher bedarf es innovativer Beteiligungsformate, um Konflikte vermeiden oder lösen zu können, sowie praxisorientierte Partizipationsforschung, um diese Formate kontinuierlich zu verbessern. **Aktive Trägerschaft** ist ein zusätzlicher Schlüssel für gelingende Klimapolitik: Vorhandene Potentiale sind hier weder systematisch erforscht noch hinreichend gezielt gefördert. Das Gutachten gibt Empfehlungen, um die aktive Trägerschaft verschiedener gesellschaftlicher Gruppen sowie von Kommunen und Unternehmen gezielt zu stärken.

Download des Jahresgutachtens: <https://www.wissenschaftsplattform-klimaschutz.de/de/Jahresgutachten2021.html>

### Über die WPKS

Die [Wissenschaftsplattform Klimaschutz](#) (WPKS) unterstützt die Bundesregierung bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der deutschen Langfriststrategie zum Klimaschutz mit wissenschaftlicher Expertise. Ausgewählte natur-, sozial-, rechts-, wirtschafts- und ingenieurwissenschaftliche Forschungseinrichtungen wirken interdisziplinär zusammen und treten in einen regelmäßigen Austausch mit Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik, um zum Erreichen der internationalen, europäischen und nationalen Klimaschutzziele beizutragen. Ein unabhängiger, interdisziplinär besetzter [Lenkungskreis](#) mit acht angesehenen Expertinnen und Experten steuert die Plattform.